

EDITORIAL

❖ Der Wunsch der Wähler nach klaren Verhältnissen wurde in Hessen mit einer klaren parlamentarischen Regierungsmehrheit von CDU und FDP Rechnung getragen. Der Auftakt zum Superwahljahr 2009 ist also für Union und FDP gelungen, wenn auch nicht mit Pauken und Trompeten. Dafür ist der Zugewinn der Union von 0,4 Prozent nach einem Absturz von zwölf Prozent im Jahr zuvor zu gering. Entscheidend ist aber, dass in einem Fünf-Parteien-Parlament eine bürgerliche Mehrheit erzielt werden konnte.

Die CDU hat den breiteren Kern ihrer Wählerschaft motivieren können. Sie ist die einzige Partei in Hessen, die sich noch mit gutem Gewissen Volkspartei nennen kann. Sie hat andererseits aber nicht verhindern können, dass ein Anteil von drei bis fünf Prozent der für sie tatsächlich erreichbaren Stimmen wohl in den letzten vierzehn Tagen vor dem Wahltag abgesprungen ist. Die Wählerwanderungsbilanz innerhalb des bürgerlichen Spektrums kommt auf einen Wechsel von insgesamt 93 000 Stimmen von der CDU zur FDP.

Bei der Selbstzerstörung der SPD als Volkspartei in Hessen flossen von den 390 000 verlorenen Wählerstimmen 122 000 an die Grünen und 192 000 ins Nichtwähler-Lager. Die Linke verdankt dem Zugewinn von 8000 ehemaligen SPD-Stimmen wesentlich ihren Einzug ins Parlament. Es hat also ein starker Stimmenaustausch im linken Lager stattgefunden.

Fragt man nach dem Wahlverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen, so sind im Vergleich zur Wahl von 2008 bei der CDU kaum Veränderungen zu verzeichnen. Auch 2009 waren die über 60-jährigen Wähler mit 48 Prozent die Basis des Erfolgs. Ebenso blieb bei den Katholiken der Anteil mit 52 Prozent sehr hoch. Die 2008 bei den Katholiken verlorenen Stimmen konnten allerdings nicht wiedergewonnen werden. Die FDP verbuchte besonders in den katholischen Hochburgen in Osthessen (Fulda) mit 8,1



Prozent und im Bereich Rhein-Taunus-Limburg mit 7,4 Prozent Zugewinne. Die Auflösung der Volkspartei SPD wird auch daran deutlich, dass sie nur noch bei den 18- bis 24-Jährigen mit 28 Prozent, bei Beamten mit 31 Prozent und bei Gewerkschaftsmitgliedern mit 35 Prozent stärkste Partei ist.

Die Wahlen in Hessen haben unterstrichen, dass der Wählerwechsel nicht mehr zwischen den großen Volksparteien stattfindet. Stattdessen erfolgen die zum Teil dramatischen Verschiebungen im bunten gewordenen bürgerlichen oder im linken Parteienspektrum. Verloren gegangenes Vertrauen in die großen Volksparteien ist in einer nicht mehr traditionell gebundenen Wählerschaft nur schwer wiederzugewinnen und schon gar nicht im Hauruckverfahren. Die Hochburgen der Volksparteien sind einem deutlichen Erosionsprozess unterzogen. Ein „Lagerwahlkampf“ des bürgerlichen Parteienspektrums scheint problematisch zu sein. Die FDP könnte aus der Opposition heraus für eine bessere Zukunft und für einen Neubeginn werben, während die CDU in erster Linie für Regierungsverantwortung in der Vergangenheit und in der Krise stünde.

Die Bevölkerung erwartet, dass der Staat in Zeiten wie diesen als Krisenmanager eingreift, sagt aber gleichzeitig: Es hilft ohnehin nichts. Um gegen diese gesplattene Erwartungshaltung politisch anzukommen, bedarf es der Hervorhebung der Wirtschaftskompetenz bei Partei und Spitzenpersonal. Zugleich muss beim Spitzenpersonal Führungsfähigkeit und Popularität zusammenkommen. Und nur die Geschlossenheit in den eigenen Reihen kann ein Negativ-Campaigning des politischen Gegners gegen die eigenen Spitzenkandidaten begrenzen. ❖


Klaus Gotto